



Suchergebnisse: Zeitung: M

16. September 1887 – Die Münchner Haupt-Synagoge wird eingeweiht

München-Angerviertel - München-Kreuzviertel * In den Morgenstunden begehen die jüdischen Gläubigen Münchens in der alten Münchner Synagoge an der Westenriederstraße den letzten Gottesdienst und überführen anschließend die Thora-Rollen in das neue israelitische Gebetshaus. Dort angekommen legen sie den Schlussstein der Kirche, der eine Kapsel mit einer Urkunde über den feierlichen Akt sowie sämtliche Tageszeitungen und die in Umlauf befindlichen Münzen enthält. Um 17 Uhr erfolgt dann - unter interessierter Beteiligung der Münchner Öffentlichkeit und der offiziellen Repräsentanten von Stadt und Staat - die feierliche Einweihung der neuen, nach dreijähriger Bauzeit fertiggestellten Münchner Haupt-Synagoge an der Herzog-Max-Straße 7. Ausgestattet mit 1.000 Männer- und 800 Frauen-Betstühlen ist sie - nach der Berliner und der Breslauer Synagoge - das drittgrößte deutsche jüdische Gotteshaus und Zentrum der liberal ausgerichteten Mehrheitsgemeinde. Die zeitgenössischen Kritiker würdigen den Bau als „ein völlig selbständiges Werk von ausgeprägter Eigenart, ein Denkmal, nicht nur des Meisters, der es geschaffen hat, sondern auch der Zeit, in der es entstand“. Und das Münchner Tagblatt vermerkt überschwänglich, dass das „architektonische Schmuckkästchen“ München nun wieder „um eine köstliche Perle reicher geworden“ ist.

15. Januar 1893 – Presseberichte zum Grundstückskauf von 1887

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten über den am 24. September 1887 erfolgten Grundstückskauf von Ludwig Peter von Klug in Bogenhausen - zu einem extrem günstigen Preis. Die Zeitung informiert zudem darüber, dass Klug nur neun Tage vor dem Kauf der Immobilie das dort bestehende Bauverbot aufheben hat lassen. Den Verkäufern ist dieser Vorgang allerdings nicht bekannt gewesen.

15. September 1899 – Das Drama an der Luitpoldbrücke

München-Haidhausen * Die Münchner Neuesten Nachrichten berichten vom Drama an der Luitpoldbrücke: „Ein Schutzmann Nr. 509 sowie mehrere Personen und Kinder, die auf der Brücke dem wilden Treiben der Isar zusahen, verspürten kurz vor 6 Uhr einen Ruck, und nichts Gutes ahnend, verließen sie in eiliger Flucht die Brücke. Kaum hatte der letzte Mann das Ende



der Brücke erreicht, als unter fürchterlichem Krachen der nördliche Pfeiler einstürzte und die Brücke mit sich in die Tiefe riss.“ Mit der Flussüberquerung versinken auch die in dem Brückenbauwerk eingelagerten Gas-, Strom- und Wasserleitungen, weshalb in der ganzen Stadt der Strom ausfällt.

31. März 1900 – Ein „Prunkfest“ im Münchner Künstlerhaus

München-Kreuzviertel * Im Münchner Künstlerhaus findet ein glanzvolles Festbankett statt, zu dem der Prinzregent seinen Enkel, Prinz Rupprecht, als offiziellen Vertreter entsendet. Fanfaren und eine festliche Illumination des Künstlerhauses sowie zahlreicher repräsentativer Gebäude prägen den festlichen Abend. Die Eröffnung gilt als eines der bedeutendsten gesellschaftlichen Ereignisse Münchens. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ würdigen das Fest als „Prunkfest“, das den Ruf der Münchner Künstlerschaft als Ausrichter glanzvoller Veranstaltungen eindrucksvoll bestätigt. Auch die künstlerische Gestaltung des Hauses findet große Anerkennung. Gabriel von Seidl entwirft das Gebäude im Stil der italienischen Hochrenaissance und stattet die Innenräume mit außergewöhnlicher Sorgfalt aus. Edle Materialien, kunstvolle Möbel, Wandmalereien, Spiegel, Gobelins und Stuckdecken verleihen dem Künstlerhaus seine repräsentative Ausstrahlung. Von der ursprünglichen Ausstattung sind bis heute das fünfjochige Foyer sowie das sogenannte Venezianische Zimmer – der ehemalige Muschelsaal des Restaurants – im Original erhalten geblieben.

19. Mai 1901 – Das Künstlerhaus wird zum gesellschaftlichen Mittelpunkt

München-Kreuzviertel * Mit dem „Münchner Frühlingsfest“ etabliert sich das Künstlerhaus als bedeutender Treffpunkt des kulturellen und gesellschaftlichen Lebens der Stadt. Die Berliner Zeitschrift „Moderne Kunst“ beschreibt die Münchner Künstlerschaft als „die Blüte des gesamten Lebens der Stadt“, die in allen Bevölkerungsschichten verwurzelt sei. Prinzregent Luitpold zeigt großes Interesse am künstlerischen Leben und nimmt – trotz seines hohen Alters – nach Möglichkeit persönlich an den Künstlerfesten teil. Sein regelmäßiger Austausch mit etablierten Künstlern ebenso wie mit jungen Talenten unterstreicht seine enge Verbundenheit mit der Münchner Kunstszene. Beim Frühlingsfest findet erstmals eine Versteigerung von Gemälden statt. Zu den Stiftern zählen namhafte Künstler wie Franz von Lenbach und Franz von Defregger. Die Auktion leitet der Volksschauspieler Konrad Dreher, Gründer des Schlierseer Bauerntheaters. Der Erlös kommt dem chronisch unterfinanzierten Künstlerhausverein zugute, der das Gebäude seit 1900 von der Künstlergenossenschaft gepachtet hat.



10. August 1905 – Antisemitische Angriffe auf die Unionsbrauerei

München-Haidhausen * Auch die von jüdischen Unternehmern geführte Unionsbrauerei wird Ziel antisemitischer Kampagnen. In der „Münchener Bier-Chronik“ vom 10. August 1905 wird ihr Bier als die „letzte Brühe“ und als „Dividenden-Wasser“ verunglimpft. Hinter der vermeintlichen Kritik an der Qualität des Produkts stehen vielfach Ressentiments gegen jüdische Geschäftsinhaber und deren wirtschaftlichen Erfolg. Der Vorfall zeigt, wie antisemitische Vorurteile zu Beginn des 20. Jahrhunderts zunehmend auch im Wirtschaftsleben öffentlich verbreitet und zur Diffamierung jüdischer Unternehmen eingesetzt werden.

18. Dezember 1905 – Prozess gegen antisemitische Verleumdungen

München-Maxvorstadt * Gegen die diffamierenden Angriffe auf die Unionsbrauerei geht deren Eigentümer Joseph Schüle juristisch vor. Am 18. Dezember 1905 verhandelt das Amtsgericht München I im Justizpalast an der Prielmayerstraße die Klage gegen den verantwortlichen Redakteur der „Münchener Bier-Chronik“. Im Verlauf des Verfahrens zeigt sich, dass die gegen die Brauerei erhobenen Vorwürfe jeder sachlichen Grundlage entbehren. Gleichzeitig treten die antisemitischen Motive hinter den Angriffen deutlich zutage. Die Verhandlung macht sichtbar, dass sich die Kritik an der Unionsbrauerei weniger gegen deren Produkte richtet als gegen die jüdische Herkunft ihres Eigentümers. Die Redaktion der „Münchener Bier-Chronik“ wird zu einer Geldstrafe von 50 Mark verurteilt und muss die Urteilsverkündung veröffentlichen. Ungeachtet dessen reagiert sie mit einem polemischen Nachbericht, der erneut antisemitische Untertöne erkennen lässt.

1917 – Wiggerl Greiner baut das „Theater an der Düna“ mit auf

Livland * Während seines Kriegseinsatzes in Livland wirkt Ludwig „Wiggerl“ Greiner maßgeblich am Aufbau des „Theaters an der Düna“ mit. Aus einem einfachen Stadel entsteht unter seiner Mitwirkung als Zeichner und Maler eine kleine Theaterbühne, die den Soldaten Abwechslung und Unterhaltung bietet. Die „Münchner Neuesten Nachrichten“ berichten 1918 darüber: „Aus einem einfachen Stadel wurde an der Düna unter Mithilfe des Zeichners und Malers W. Greiner ein kleines Theater mit hübscher Bühne geschaffen. Gespielt werden in bunter Reihenfolge komische Szenen, Moritaten und andere lustige Sachen in Abwechslung mit Duetten und Solovorträgen.“



30. März 1917 – Die Namensänderung des Oskar Maria Graf

München * Auf Vorschlag des namensgleichen Kriegsmalers Oskar Graf nennt sich der Schriftsteller nun Oskar Maria Graf. Es ist eine Reminiszenz an den von ihm hoch verehrten Rainer Maria Rilke. An diesem Tag erscheint ein Artikel von Graf in den Münchner Neuesten Nachrichten unter diesem Namen.

10. März 1918 – Kaiser Wilhelm II. will den Feinden einen Siegfrieden aufzwingen

München * In der Münchener Allgemeinen Zeitung bekennt sich Kaiser Wilhelm II. zu einem „Siegfrieden“, der den Feinden „aufgezwungen“ werden muss. „Völkerbeglückende Weltbürgerschaftsgedanken finden darin keinen Platz. Nur das nackte eigene Interesse und die Garantie eigener Sicherheit und Größe dürfen maßgebend sein“.

1. Oktober 1918 – Die Münchener Post steigert ihre Auflage um 15.000 Exemplare

München - Königreich Bayern * Die SPD-Zeitung Münchener Post wird auf der ersten Seite Artikel unter der Überschrift „Fort mit dem Militarismus!“, „Ein Systemwechsel notwendig!“, „Eine neue Politik“ oder „Für ein neues freies Vaterland“ abdrucken. Alleine zwischen dem 1. und 15. Oktober 1918 kann die Zeitschrift damit ihre Auflage um 15.000 Exemplare steigern.

2. Oktober 1918 – Erste Veranstaltung des Arbeiterausschusses für einen guten Frieden

München * Gast der ersten öffentlichen Veranstaltung des „Freien Arbeiterausschusses für einen guten Frieden“ ist Karl Harrer, ein Mitglied der Thule-Gesellschaft und Sportjournalist bei der national-liberal orientierten München-Augsburger Abendzeitung.

28. Oktober 1918 – Neue politische Verhältnisse und der alte Kaiser

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten betonen in einem mit „Der Kaiser und die neue Zeit“ überschriebenen Leitartikel, dass die neuen politischen Verhältnisse „alle Grundlagen seiner Auffassung vom Herrscherberuf über den Haufen“ geworfen hätten. Daraus sollte jetzt die Folgerung gezogen werden. Sonst entsteht ein innerlich unwahrer Zustand, der über kurz oder lang zu Konflikten führen müsse. Das ist zwar noch eine sehr verklausulierte und versteckte



politische Kritik an Wilhelm II., aber damit wird das sich selbst auferlegte Verbot, den Kaiser nicht anzugreifen oder zu demontieren, immer öfter durchbrochen.

6. November 1918 – Ein Aufruf zur Friedenskundgebung am 7. November 1918

München * Die sozialdemokratische Münchener Post veröffentlicht auf der Titelseite im Auftrag der Leitung der sozialdemokratischen Partei Münchens einen Aufruf „An die Bevölkerung Münchens!“. Darin heißt es: „Die sozialdemokratische Partei ruft die Bevölkerung Münchens mit Ausnahme der beim Transport und Verkehr beschäftigten Personen auf, am Donnerstagnachmittags 3 Uhr auf der Theresienwiese zu erscheinen. Es gilt, im Geiste der Freiheit und Verantwortung Stellung zu nehmen zu den großen Tagesfragen, die in der letzten Vertrauensmännerversammlung der gesamten Münchener Arbeiterschaft erörtert worden sind. Die Vertrauensleute der Partei und Gewerkschaften werden aufgefordert, dabei mitzuwirken, daß die Demonstration einen der organisierten Arbeiterschaft würdigen Verlauf nimmt“.

7. November 1918 – Eine erste Initiative zur Bildung von Räten

München * Um 15 Uhr wird eine erste Initiative zur Bildung von Räten beobachtet. Eine kleine Gruppe von Soldaten findet sich „unter der Parole: Schaffung von Soldatenräte“ zusammen. Nach einem Bericht der Münchener Post fordert ein USPD-Redner die „sofortige Einsetzung eines Arbeiter- und Soldatenrats“ bereits als die Mehrheitssozialdemokraten und Gewerkschafter zur Demonstration aufbrechen.

7. November 1918 – Räte besetzen die Druckerei der Münchner Neuesten Nachrichten

München * Um 23 Uhr besetzen die Räte die Druckerei der Münchner Neuesten Nachrichten. Dadurch kann am nächsten Morgen die Proklamation Kurt Eisners in die Öffentlichkeit getragen werden.

8. November 1918 – Ein MSPD-Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens

München * Die Münchener Post spricht in einem Aufruf an die organisierte Arbeiterschaft Münchens die MSPD von der Schuld am Umsturz frei, bittet und wirbt aber gleichzeitig um „treue Mitarbeit“, vor allem damit die Ernährung der Schwachen gesichert und so gezeigt wird, „dass die



herauf kommende neue Zeit die wahre Wohlfahrt und den Frieden der Menschheit bedeutet. An die Arbeit, Genossen! An den Aufbau!“

8. November 1918 – Ein Aufruf an die ländliche Bevölkerung Bayerns

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten veröffentlichen Ministerpräsident Kurt Eisner und der Bauernführer Ludwig Gandorfer einen Aufruf An die ländliche Bevölkerung Bayerns, in dem sie die Notwendigkeit der Revolution darstellen und die Friedensbemühungen der Regierung Eisner schildern. „Der Arbeiter-, Bauern- und Soldatenrat betrachtet es als die erste und größte Aufgabe, dem Volke den heiß ersehnten Frieden zu bringen und ist zum Zwecke der Einleitung von Friedensverhandlungen mit den Ententemächten in Verbindung getreten.“ Zugleich verspricht man den militärischen Schutz der Grenzen Bayerns und eine geordnete Demobilisierung, „damit Zustände wie in Österreich und Tirol, wo heimkehrende Soldaten plündern und Kulturwerke zerstören, unmöglich werden!“ Daneben werden sie zu reger Lebensmittelablieferung für die Städte aufgefordert.

8. November 1918 – Die Proklamation des Freistaats Bayern in den MNN

München - Freistaat Bayern * Nur die Münchener Neuesten Nachrichten - MNN können ihre normale Morgenausgabe der Tageszeitung drucken. Auf der ersten Seite ist die Proklamation des Freistaates Bayern abgedruckt: An die Bevölkerung Münchens! Das furchtbare Schicksal, das über das deutsche Volk hereingebrochen, hat zu einer elementaren Bewegung der Arbeiter und Soldaten geführt. Ein provisorischer Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat hat sich in der Nacht zum 8. November im Landtag konstituiert. Bayern ist fortan ein Freistaat. Eine Volksregierung, die von dem Vertrauen der Massen getragen wird, soll unverzüglich eingesetzt werden. Eine konstituierende Nationalversammlung, zu der alle mündigen Männer und Frauen das Wahlrecht haben, wird so schnell wie möglich einberufen werden. Eine neue Zeit hebt an! Bayern will Deutschland für den Völkerbund rüsten. Die demokratische und soziale Republik Bayern hat die moralische Kraft, für Deutschland einen Frieden zu erwirken, der es vor dem Schlimmsten bewahrt. Die jetzige Umwälzung war notwendig, um im letzten Augenblick durch die Selbstregierung des Volkes die Entwicklung der Zustände ohne allzu schwere Erschütterung zu ermöglichen, bevor die feindlichen Heere die Grenzen überfluten oder nach dem Waffenstillstand die demobilisierten Truppen das Chaos herbei führen. Der Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrat wird strengste Ordnung sichern. Ausschreitungen werden rücksichtslos unterdrückt. Die Sicherheit der Person und des Eigentums wird verbürgt. Die Soldaten in den Kasernen werden durch Soldatenräte sich selbst regieren und Disziplin aufrecht erhalten. Offiziere, die sich den



Forderungen der veränderten Zeit nicht widersetzen, sollen unangetastet ihren Dienst versehen. Wir rechnen auf die schaffende Mithilfe der gesamten Bevölkerung. Jeder Arbeiter an der neuen Freiheit ist willkommen! Alle Beamte bleiben in ihren Stellungen. Grundlegende soziale und politische Reformen werden unverzüglich ins Werk gesetzt. Die Bauern verbürgen sich für die Versorgung der Städte mit Lebensmitteln. Der alte Gegensatz zwischen Land und Stadt wird verschwinden. Der Austausch der Lebensmittel wird rationell organisiert werden. Arbeiter, Bürger Münchens! Vertraut dem Großen und Gewaltigen, das in diesen schicksalschweren Tagen sich vorbereitet! Helft alle mit, dass sich die unvermeidliche Umwandlung rasch, leicht und friedlich vollzieht. In dieser Zeit des sinnlos wilden Mordens verabscheuen wir alles Blutvergießen. Jedes Menschenleben soll heilig sein. Bewahrt die Ruhe und wirkt mit an dem Aufbau der neuen Welt! Der Bruderkrieg der Sozialisten ist für Bayern beendet. Auf der revolutionären Grundlage, die jetzt gegeben ist, werden die Arbeitermassen zur Einheit zurückgeführt. Es lebe die bayerische Republik! Es lebe der Frieden! Es lebe die schaffende Arbeit aller Werktätigen! München, Landtag, in der Nacht zum 8. November 1918. Der Rat der Arbeiter, Soldaten und Bauern: Der erste Vorsitzende: Kurt Eisner.

11. November 1918 – Gründung von weiteren Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten

Freistaat Bayern * Die Münchener Post meldet die friedliche Bildung von Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräten in Ingolstadt, Regensburg, Straubing, Augsburg, Kaufbeuren, Lindau, Bamberg, Landshut, Nürnberg und Würzburg.

18. Februar 1919 – Die Münchener Post fordert den Rücktritt Kurt Eisners

München * Die SPD-nahe Münchener Post fordert im Zusammenhang mit der Landeskongress der Mehrheitssozialisten - SPD den Rücktritt Kurt Eisners. Begründung: „Seine sich auf das Räte-system stützende Politik muss zu den schwersten Konflikten mit dem bayerischen Volke führen.“

22. Februar 1919 – Ein Nachrichtenblatt des Zentralrats erscheint

München * Der Zentralrat verbietet die gesamte Presse mit Ausnahme des USPD-Organs Neue Zeitung. Am 22. Februar erscheint neben der Neuen Zeitung, dem Bauernbund-Blatt Neue freie Volks-Zeitung nur das Nachrichtenblatt des Zentralrats. Es wird in den vom Militär besetzten Räumen der Münchner Neuesten Nachrichten gefertigt und den Abonnenten der Münchner



Neuesten Nachrichten, der Münchener Zeitung, der München-Augsburger Abendzeitung und des Bayerischen Kuriers zugestellt. Die Redakteure, Setzer und Drucker der Münchener Post lehnen es ab, die Zeitung unter Vorzensur erscheinen zu lassen. Das Nachrichtenblatt des Zentralrats wird die erste und einzige Ausgabe bleiben.

24. Februar 1919 – Die Münchener Post erscheint wieder

München * Die Münchener Post erscheint als erste Münchner Zeitung seit dem Erscheinungsverbot.

28. Februar 1919 – Der Zentralrat äußert sich zum Eisner-Attentat

München - Freistaat Bayern * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint eine Proklamation, in der der Zentralrat über die Vorkommnisse nach dem Attentat schreibt: „Der Schuss, der Kurt Eisner tötete und mit ihm die Revolution vernichten sollte, [musste] das Signal zur Sicherung und Fortführung von Eisners Werk sein. Die Arbeiterschaft aller Richtungen war geschlossen, die gesamte Garnison Münchens stellte sich ihr zur Seite“.Doch das ist reines Wunschdenken.

2. März 1919 – Im Münchener Tagblatt erscheint das Vorläufige bayerische Grundgesetz

München * Das Münchener Tagblatt veröffentlicht das vom 20. Februar datierte und noch von Kurt Eisner unterschriebene Vorläufige bayerische Staatsgrundgesetz.

5. März 1919 – Eugen Leviné kommt im Auftrag der Berliner KPD-Zentrale nach München

Berlin - München * Eugen Leviné kommt im Auftrag der Berliner KPD-Zentrale nach München, um hier die Ortsgruppe zu reorganisieren und die Redaktion der Münchner Roten Fahne zu übernehmen. Ihm folgen in den nächsten Wochen weitere Parteimitglieder. Zu Beginn seiner Münchner Zeit ist Leviné noch im Verborgenen tätig. Er wird zusammen mit Max Levien, dem bayerischen KPD-Vorsitzenden, zum führenden Kopf der Münchner Kommunisten während der Rätezeit. Eugen Leviné verweigert sich der Zusammenarbeit mit der SPD, die bislang als die schärfste Gegnerin der Kommunisten aufgetreten ist.



22. März 1919 – Die Frauen werden aus dem Beruf gedrängt

München * In den Münchner Neuesten Nachrichten erscheint unter der Rubrik „Von Frauen für Frauen“ ein Artikel, der mit „Platz für den Mann!“ überschrieben ist. Unter diesem Schlagwort werden die Frauen nun wieder aus den Berufen verdrängt, die sie während des Krieges ausgeübt haben, stellt die Verfasserin Thea Schneidhuber fest: „Die unzähligen Frauen aus all den verschiedenen Industrien haben den heimgekehrten Kriegern mehr oder minder bereitwillig ihren mit so viel Stolz und Selbstgefühl behaupteten Posten abtreten müssen“, schreibt sie. Ihnen sei zwar von vornherein klar gewesen, dass sie diese Rolle nur provisorisch eingenommen hätten, gleichwohl sind vier Jahre genug gewesen, um auf den Geschmack zu kommen: „Jeder, der es erfahren hat - er sei Mann oder Weib - weiß die Freude am eigenen Erwerb zu verstehen, die umso größer ist, je notwendiger die Herbeischaffung der Mittel ist. Es kann die Tatsache nicht verkannt werden, dass zwei Drittel der Bevölkerung während der Kriegsjahre von der Frau ernährt worden sind, dass sie die Verdienlerin war, die ihre Familie erhielt, während der Mann seinen Kriegslohn in den meisten Fällen für sich aufbrauchte“. Und nun sollen die Frauen still abtreten und wieder den Männern die Bühne überlassen? Die Verfasserin räumt zwar ein, „die Pflichten der Hausfrau und Mutter“ seien der Frau „naturgemäß die liebsten und sie wird ihnen gern das Selbstgefühl opfern, das der eigenen Hände Arbeit ihr bescherte“. Aber das Selbstbewusstsein und den Anspruch auf Mitsprache will sie dennoch nicht aufgeben. Mit einem „erstaunlichen Maß an Gleichgültigkeit“ stünden gerade die radikalen Vertreter der neuen Ordnung den Frauen gegenüber, klagt sie. Gerade weil die Frauen darauf verzichtet hätten, sich zu einer alle Lager übergreifenden Frauenpartei zusammenzuschließen, stünden die Männer aller Parteien in der Pflicht, ihre Sache nicht nur „ohne Feindseligkeit zu betrachten, sondern nach Kräften zu unterstützen“.

7. April 1919 – Die Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss

München * Die KPD-Zeitung Münchner Rote Fahne bezeichnet die Räterepublik als Kompromiss. Unter dem Titel „Arbeiter! Folgt nur den Parolen der kommunistischen Partei!“ protestiert die Zeitung, dass „durch die Proklamierung einer Scheinräterepublik der Gedanke des Rätesystems verwässert oder erwürgt wird“. Die „Abhängigen“ und die „Unabhängigen“, SPD und USPD, sind nicht befugt und geeignet, „an Stelle des gesamten Proletariats die Räterepublik zu verkünden“. Sie fordert dagegen die Errichtung einer kommunistischen Räterepublik, da nur sie „die Arbeiterschaft aus aller Not und allem Elend befreien kann“.

8. April 1919 – Auch die Münchener Post verwendet die Schreibweise Baiern



München * Das SPD-Organ Münchener Post verwendet die Schreibweise „Baiern“ im Zusammenhang mit der Räterepublik.

9. April 1919 – Linke Kritik an der Räteregierung

München * In der Münchner Roten Fahne erscheint ein Artikel von Eugen Leviné, in dem er die Politik der Räteregierung scharf angreift: „Alles wie sonst. In den Betrieben schufteten und fronen die Proletarier nach wie vor zugunsten des Kapitals. In den Ämtern sitzen nach wie vor die [...] kgl. Wittelsbacher Beamten. An den Straßen die alten Hüter der kapitalistischen Wirtschaftsordnung mit dem Schutzmannssäbel. Kein bewaffneter Arbeiter zu erblicken. Keine roten Fahnen. Keine proletarische Besetzung in den Machtpositionen der Bourgeoisie. Noch liegen die Kapitale in den Safes der Banken. Noch klappern die Kuponscheren der Kriegsgewinnler und Dividendenjäger. Noch üben in den Gerichten die königlichen Landgerichtsräte Klassenjustiz. Alles wie sonst. Noch rattern die Rotationsmaschinen der kapitalistischen Presse und speien ihr Gift und ihre Galle, ihre Lügen und ihre Verdrehungen in die nach revolutionären Kampfworten begierige Menge. Alles wie sonst. Nur an den Straßen von Wind und Regen zerfetzte Plakate: ‚Nationalfeiertag!‘ steht darauf! Nationalfeiertag! Nicht proletarischer Feiertag. Nicht internationaler Feiertag. Von der Nation sprechen sie, der einigen Nation der Arbeiter und Kapitalisten. [...] Sie sitzen zusammen im Wittelsbacher Palais und dichten Dekrete. [...] Räterepublik ohne Räte. Proletarische Diktatur ohne Proletariat. Volksbeauftragte ohne Auftrag des arbeitenden Volkes. Ein Projekt der Roten Armee ohne Beihilfe des Proletariats, Sozialisierungsprojekte ohne wirkliches Eingreifen der Macht. Angebliche Siege ohne Kämpfe. Revolutionäre Phrasen ohne revolutionären Inhalt, revolutionäre Worte ohne revolutionäre Taten.“

10. April 1919 – Ret Maruts Sozialisierungsplan für die Presse

München * Ret Marut [= B. Traven, Otto Feige] veröffentlicht in den Münchner Neuesten Nachrichten seinen „Sozialisierungsplan für die Presse“ sowie einen Artikel über „Pressefreiheit oder Befreiung der Presse“.

12. April 1919 – Die Münchener Post zur Schließung der Akademie der bildenden Künste

München * Die Münchener Post schreibt zur Schließung der Akademie der bildenden Künste: „Niemand wird dem verrotteten Institut eine Träne nachweinen. Es hat seit langem nichts mehr



geleistet, es fungierte als unnützer Repräsentationsposten im Staatshaushalt.“

15. April 1919 – Nummer 1 der „Mitteilungen“ erscheint

München * Nummer 1 der Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte erscheint. Eugen Leviné schreibt darin die folgenden Zeilen zu der ins Stocken geratenen Revolution in Deutschland: „München ist heute eine revolutionäre Insel mitten in einem schwarzen Meere. Aber die revolutionäre Flut steigt. In Revolutionszeiten kommt jede Stunde einem Monat gleich. Die Massen lernen mit jedem Tag immer mehr ihre wirklichen Ziele kennen und schlagen sich auf unsere Seite.“

23. April 1919 – Die Münchener Post wird als erste Tageszeitung zugelassen

München * Die Münchener Post wird als erste Tageszeitung zugelassen. Gleichzeitig erscheint die Nummer 10 der „Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte“.

23. April 1919 – Der Installateur Ferdinand Mairgünther wird Polizeipräsident

München * Polizeipräsident Johann Clemens Waldschmidt wird nach nur knapp einem Tag durch den Installateur Ferdinand Mairgünther, dem Schriftleiter der Münchener Roten Fahne, abgelöst.

28. April 1919 – Die Rote Armee ist zur Verteidigung der Diktatur gegründet worden

München * In der KPD-Zeitung Münchener Rote Fahne äußert sich der Chef der Roten Armee, Rudolf Egelhofer, so: „Die Rote Armee wurde gegründet nicht als Instrument der Politik, sondern als Organ der Verteidigung der Diktatur des Proletariats und der Räterepublik gegen die Konterrevolution der weißen Garden. Entsprechend dieser Aufgabe erklärt das Oberkommando, dass es das revolutionäre Proletariat, koste es was es wolle, gegen die weiße Garde verteidigen wird und sich von keiner Seite, auch nicht von den Betriebsräten, zu einem Verrat an der sozialen Revolution wird zwingen lassen“.

29. April 1919 – Die letzte Ausgabe der „Mitteilungen“ erscheint



München * Die letzte Ausgabe der „Mitteilungen des Vollzugsrats der Betriebs- und Soldatenräte“ (Nummer 15) erscheint.

3. Mai 1919 – Es herrscht Freude in der Stadt

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten feiern die Regierungstruppen als Befreier mit der Überschrift „Es herrschte Freude in der Stadt“.

3. Mai 1919 – Die MNN verstärkt die Gerüchte zum Geiselmord

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten verbreiten und verstärken unter der Überschrift „Die bestialische Ermordung der Geiseln“ die eh schon kursierenden Gerüchte.

5. Mai 1919 – Gräuelgeschichten in den Münchner Neuesten Nachrichten

München * Die Münchner Neuesten Nachrichten liefern neue haarsträubende Details der Ermordung der Geiseln im Luitpold-Gymnasium und berufen sich dabei auf Informationen aus dem Polizeipräsidium. Demnach wurde im Luitpold-Gymnasium „ein männliches Geschlechtsteil“ und „Eingeweide“ gefunden. Später stellt sich zwar heraus, dass es sich um Fleischabfälle eines geschlachteten Schweins handelt, doch das interessiert niemanden mehr.

7. Mai 1919 – Josef Hofmiller analysiert die Lage der SPD

München-Haidhausen * Josef Hofmiller, der Herausgeber der reaktionären Zeitschrift Süddeutsche Monatshefte, analysiert die Situation: „Die Sozialdemokratie ist in einer Zwickmühle: sie ist gezwungen Farbe zu bekennen, und diese Farbe ist nicht rot, wie die Masse geglaubt hat. Sie hat niemals gewagt, den trennenden Strich zwischen sich und den Kommunisten zu ziehen; die Leute aber, die die Regierung Hoffmann jetzt erschießen lässt, sind lauter Kommunisten. Die Sozialdemokratie hat die Massen immer auf den großen Kladderatsch [= eine alte, in der Kaiserzeit gebrauchte, humorvolle Bezeichnung für die Revolution] vertröstet und scharf gemacht; jetzt, wo die Massen den Kladderatsch machen und ausnützen wollen, lässt sie auf sie schießen. Man sieht es jeder Nummer der ‚Münchener Post‘ an, wie greulich der offiziellen Sozialdemokratie die durch ihre eigene Schuld unheilbar gewordene Lage ist.“



26. September 1923 – Generalstaatskommissar von Kahr verhängt den Ausnahmezustand

München * Der gerade zum Generalstaatskommissar mit diktatorischen Vollmachten ernannte Gustav Ritter von Kahr verhängt den Ausnahmezustand in Bayern. Damit unterstellt er die in Bayern stationierten Einheiten der Reichswehr seinem Kommando. Gleichzeitig verbietet er das Erscheinen der sozialdemokratischen Zeitung Münchener Post.

5. März 1928 – Nacktarbeit im Bakergewerbe verboten

Wien * Im „Morgen“ ist zu lesen, dass in Erfahrung gebracht wurde, dass „Dr. Jerzabek und Genossen ein Gesetz einzubringen gedenken, wodurch die Nacktarbeit im Bakergewerbe verboten wird.“
